



PROF. DR. HANS-PETER MAYER
MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Pressemitteilung

Strassburg, 17.12.2004

CDU/CSU-Gruppe stimmt gegen Türkei-Fortschrittsbericht

Eine starke Minderheit der Europaabgeordneten hat sich heute nach Auffassung von Prof. Dr. Hans - Peter Mayer, Mitglied im Europäischen Parlament, der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei widersetzt. Damit sei jetzt völlig offen, ob am Ende der schwierigen Beitrittsverhandlungen mit Ankara tatsächlich eine türkische Vollmitgliedschaft stehen werde. Dieses Fazit zog Mayer unmittelbar nach der heutigen Plenarabstimmung über den Türkei-Fortschrittsbericht in Straßburg. "Die insgesamt 262 Gegenstimmen zeigen deutlich, daß CDU und CSU in ihrer Ablehnung einer türkischen EU-Vollmitgliedschaft in Europa alles andere als isoliert sind" erklärte Mayer. Positiv sei ferner, daß das Europäische Parlament erstmals explizit eine Aufarbeitung des von der Türkei bis heute geleugneten Völkermordes an den Armeniern eingefordert habe. Damit stehe der Rat nun in der Verpflichtung, auch diesen Kritikpunkt gegenüber der Türkei mit Nachdruck anzusprechen.

Grundsätzlich positiv zu bewerten sei ferner die wachsende Zustimmung zu dem von den Unionsparteien entwickelten Konzept der privilegierten Partnerschaft anstelle einer türkischen EU-Vollmitgliedschaft. Nachdem sich bereits eine Mehrheit der mit 268 Abgeordneten größten Fraktion im Europäischen Parlament in der gestrigen EVP-ED-Fraktionssitzung für dieses Konzept ausgesprochen hatte, habe ein entsprechender Änderungsantrag auch im heutigen Plenum eine beachtliche Zustimmung von 259 Stimmen erfahren. Dies zeige deutlich, daß die privilegierte Partnerschaft wachsende Zustimmung in allen nationalen Delegationen des Europäischen Parlaments finde.

Damit werde immer deutlicher, daß in der Frage des Türkeibeitritts die Meinungsbildung erst am Anfang ihrer Entwicklung stehe, nicht an ihrem Endpunkt. Der bisherige Verlauf der Diskussion lasse erkennen, daß die Position der Beitrittskritiker immer stärkere Unterstützung erfahre. Die Alternative der sogenannten privilegierten Partnerschaft werde langfristig an Boden gewinnen und in Folge dessen auch Auswirkungen auf die notwendige qualifizierte Mehrheit im Rat für den türkischen EU-Beitrittsantrag haben. Es sei nun an den europäischen Staats- und Regierungschefs, auf dem morgen beginnenden EU-Gipfel ihre Verantwortung in dieser epochalen Entscheidung über die Zukunft der Europäischen Union wahrzunehmen.